

2005

Leserbrief an die „junge Welt“

Sylvia Yvonne Kaufmann, (jW vom 31.5.2005), die vor ihrer Wahl zum Europaparlament sich der Mehrheit der PDS in ihrer Ablehnung der EU-Verfassung nur scheinbar und irreführend beugte, ist entschieden zu widersprechen, wenn sie nach dem Nein der französischen Volksmehrheit sich erneut zur EU-Verfassung bekennt.

Frau Kaufmann und die Berliner PDS-Senatoren übersehen, dass das Hauptproblem der EU-Verfassung die Frage nach der Demokratie und der Implementierung von Aufrüstung und Neoliberalismus in diese Verfassung ist. Dies bedeutet, dass die nationalen Parlamente durch die EU-Verfassung verpflichtet werden, nur solche Gesetze zu verabschieden, die sich im Einklang mit der Philosophie der „freien Marktwirtschaft“ befinden. Kein Parlament wird in die Lage versetzt, Grundsatzentscheidungen der EU-Verfassung zu revidieren. Warum aber sollten EU-Bürger Gesetzen gehorchen, deren Gesetzgeber sie weder wählen noch abwählen können?

Natürlich will keiner zurück zum Nationalismus der Vergangenheit, der Europa in zwei Weltkriege mit Millionen Toten stürzte. Wer will für Europa auch schon eine Verfassung wie in den USA mit einem Präsidenten, einem Senat und einem Abgeordnetenhaus, die die Mitgliedsstaaten der EU zu Provinzen wie zum Beispiel Kalifornien und Texas machen. Natürlich müssen die Mitgliedsstaaten der EU, in Ost und West, miteinander kooperieren und ihre Politik harmonisieren. Aber dies kann, so langsam und kompliziert dieser Prozess auch ist, nur geschehen durch jeweilige Beschlüsse der gewählten Parlamente in den Mitgliedsstaaten. Was wir brauchen, ist ein „Commonwealth of Europe“ (Tony Benn im GUARDIAN vom 26.5.2005)) mit einer Generalversammlung, einem Ministerrat und einem Generalsekretär nach dem Vorbild der Vereinten Nationen.

Wer die jetzige EU-Verfassung ablehnt, ist ebenso wenig ein Antieuropäer wie die Opposition gegen Maggi Thatcher und Angie Merkel antibritisch bzw. antideutsch ist. Nationale Identitäten müssen im Interesse der Demokratie erhalten bleiben, wie der Widerstand der Deutschen gegen den Faschismus nicht antideutsch, sondern eben antifaschistisch war.

Nach der klammheimlichen Streichung von Art. 27 der NRW-Landesverfassung vom 28. Juni 1950 (also *nach* der Verabschiedung des Grundgesetzes!) „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ih-

rer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, *sollen* in Gemeineigentum überführt werden“ (Satz 1) und „Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten“ (Satz 2) ist die FDP seit Jahren darum bemüht, Art. 14. Abs. 3 und Art. 15 GG „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel *können* zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ (Art. 15, Satz 1) aus dem Grundgesetz zu streichen. Jeder, der den Boden der sozialstaatlichen, ja sozialistischen Elemente des Grundgesetzes für die weitere verfassungsgemäße Arbeit erhalten will, ist verpflichtet, die Aushebelung dieser Verfassungssätze durch die europäische Überverfassung zu verhindern.

Selbst an den nach der Remilitarisierung Westdeutschland in das Grundgesetz hineinpraktizierten Bestimmungen über den Einsatz der Bundeswehr im „Verteidigungsfall“ ist - gegenüber den Plänen der EU nach „Eingreiftruppen“ überall auf der Welt - festzuhalten. Nach Art. 115a liegt der „Verteidigungsfall“ nur vor, wenn festgestellt wird, dass „das Bundesgebiet mit Waffengewalt *angegriffen* wird oder ein solcher *Angriff* unmittelbar droht“.

Die Konzeption, dass ein starkes Europa ein Gegengewicht gegen die USA sein müsse, geht ins Leere, da die USA inzwischen mehr mit der Konkurrenz Chinas als mit der Europas rechnen und methodische Abweichungen noch lange keine Unterschiede in der Zielprojektion der imperialistischen Neuverteilung der Welt nach dem Untergang alternativer Hoffnungen markieren.

Um einen mäßigenden, bremsenden Einfluß auf Bush und die Neocons auszuüben, kommt es darauf an, das ganze Gewicht Europas in die Waagschale der Vereinten Nationen zu werfen, damit entsprechend der Charta der Vereinten Nationen diese zu einer Macht des Friedens wird.

Der wissenschaftliche Politiker Wolfgang Abendroth stellte 1927 seinem Aufsatz über „Paneuropäische Illusion oder sozialistische Realpolitik“ ein Zitat von Kurt Hiller als Motto voraus, an dessen Richtigkeit sich bis heute nichts geändert hat: „Der Paneuropäismus wäre abzulehnen, wenn er blutiger Kontinentalimperialismus wäre“ (FSJ, 1927, H. 1, S.7).

Ist es ein Zufall, dass Deutschland, Italien und Spanien die EU-Verfassung bereits ratifiziert haben? Im Zweifel, wem mehr in Europa zu trauen ist, gehört unsere Hoffnung den Ländern in Europa, die eine siegreiche bürgerliche Revolution aus eigener Kraft auf die Beine gebracht haben und das Volk, von dem auch laut Grundgesetz „alle Staatsgewalt“ ausgeht, an der Ratifizierung

der EU-Verfassung beteiligen.

Die Ratifizierung der EU-Verfassung durch 95% der Abgeordneten des Deutschen Bundestages wird in der deutschen Geschichte zahlenmäßig nur durch die 100%ige Zustimmung der Reichstagsabgeordneten für die „Friedensresolution“ Hitlers am 17. Mai 1933 übertroffen, als auch alle Reichstagsabgeordneten der SPD - die rechtmäßig zustande gekommenen Mandate der KPD waren bereits verfassungswidrig kassiert worden - wenige Wochen vor dem Verbot der eigenen Partei der Illusion der „Friedenspolitik“ des Faschismus erlagen.

Das Nein der Mehrheit der Franzosen eröffnet die Chance, sich den Gefahren der Verzerrung der demokratischen Willensbildung durch die gewählten Repräsentanten demokratisch zu erwehren und endlich eine breite Debatte über die EU-Verfassung in diesem Lande zu eröffnen. Das Nein der Franzosen ist alles andere als „ein Pyrrhussieg für die Linken“, wie Frau Kaufmann meint erklären zu müssen. Es bietet hingegen die Chance, ein Bündnis der Demokraten, Sozialisten und Kommunisten zu schmieden, weil der Hauptfeind von Demokratie, Frieden und sozialem Fortschritt eingedenk der Parole von Karl Liebknecht nach wie vor im eigenen Land steht.

Friedrich-Martin Balzer